

Die DVP im November 2016/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Klaus Weisbrod

35 Jahre Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz 463

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz feiert im Jahre 2016 ihr 35-jähriges Bestehen. Dies gibt Anlass zu einen Blick auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der Hochschule.

Der Autor, Direktor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, gibt einen Überblick über die vielfältigen Angebote, die im Laufe der Zeit entwickelt wurden und die die Hochschule in die Lage versetzen, Expertinnen und Experten für das obere und mittlere Management im öffentlichen Sektor, für die Kommunalverwaltungen, die staatlichen Verwaltungen, die Landesbetriebe und die Deutsche Rentenversicherung in Rheinland-Pfalz zu qualifizieren.

Andreas Lenk

Hochschule ohne Professoren? 465

Dieser Beitrag befasst sich zunächst mit der momentanen Lehrkörperstruktur der Verwaltungshochschule und der in den gesetzlichen Einstellungs voraussetzungen geregelten Qualifikation der Verwaltungshochschullehrer und geht auf die Gründe ein, die den Gesetzgeber ursprünglich dazu bewogen haben, auf die Einrichtung von Professuren zu verzichten. Sodann untersucht er, ob gegenwärtig noch die Veranlassung besteht, an der Konzeption einer Hochschule ohne Professoren festzuhalten und ob eine Verpflichtung besteht, eine Anpassung an hochschulübliche Standards vorzunehmen. Ein Vergleich mit den Verwaltungshochschulen anderer Bundesländer zeigt schließlich zielführende Modelle zur Einrichtung von Professuren auf.

Petra Bergerhoff/Anja Ehlers/Thomas Helfrich/Anja Jesse

Psychosoziale Beratung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz 471

Das 35jährige Jubiläum der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz bietet Anlass, auch auf den Beitrag der psychosozialen Beratungsstelle an dieser Hochschule zum Erfolg dieser Einrichtung einzugehen. Die psychosoziale Beratungsstelle wurde Ende 1992 ins Leben gerufen und begleitet die Hochschularbeit somit die letzten 24 Jahre.

Jürgen Kirchen

Die Bedeutung des Vorrangs des EU-Rechts für die Verwaltung 479

Die Mitgliedstaaten sind nach Auffassung des EuGH generell verpflichtet, bei Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung das EU-Recht – selbst gegenüber nationalem Verfassungsrecht – vorrangig zu beachten. Anders als Gerichte hat die Verwaltung in einem Kollisionsfall aber nicht die Möglichkeit einer Vorlage an den EuGH. In diesem Beitrag werden die mit dem Vorrang des EU-Rechts für die Verwaltung verbundenen Fragen im Einzelnen erörtert.

Norbert Metzler

Bescheid- sowie Aktenvortragstechnik in Theorie und Praxis 487

In diesem Beitrag sollen die wesentlichen Strukturmerkmale von Ausgangsbescheiden dargestellt werden, dabei verknüpft mit Beispielen und Erfah-

rungen aus Projekten zum Widerspruchsverfahren; sodann soll der Grundaufbau eines Vortrages dargestellt werden, damit das tatsächliche Geschehen sowie das rechtliche Subsumtionsergebnis dem Zuhörer als Prüfer, Vorgesetzten, Rechtsausschussmitglied oder als Gegner verständlich und überzeugend vorgebracht werden können.

Marcus Müller/Stefan Winggen

Der Public Corporate Governance Kodex des Landes Rheinland-Pfalz 495

Der Public Corporate Governance Kodex des Landes Rheinland-Pfalz (PCGK RLP) wurde von der Landesregierung Ende des Jahres 2013 verabschiedet. Der Beitrag beleuchtet zum einen die grundsätzlichen Ziele eines derartigen Kodex, zum anderen werden die wesentlichen Unterschiede zwischen dem PCGK Bund und dem PCGK RLP herausgearbeitet.

Ulrike Nauheim-Skrobek/Johannes Koziol

Die verschiedenen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit und die Problematik der Ausschreibungspflicht nach dem europäischen Vergaberecht 505

Der Beitrag befasst sich mit verschiedenen Formen interkommunaler Zusammenarbeit und dem Einfluss des europäischen Vergaberechts. Fraglich ist dabei, ob die Zusammenarbeit ausschreibungspflichtig ist, insbesondere bei Zweckvereinbarungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Beate Rheindorf

Änderung der Abgabenordnung fördert Verwaltungsmodernisierung 509

Kernelement der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens zum 1. Januar 2017 ist die Einführung von ausschließlich automationsgestützt erlassener Steuerbescheide auf der Grundlage vorliegender Informationen und der Angaben des Steuerpflichtigen. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Neuregelungen und die damit verbundenen Rechtsprobleme.

Ralf Schmorleiz

Laufbahnrecht Rheinland-Pfalz 514

Um einen Vollzug staatlicher Aufgaben auf hohem Niveau auch zukünftig gewährleisten zu können ist es notwendig, den entstehenden Personalbedarf frühzeitig zu erkennen und durch qualifizierte Mitarbeitende zu decken. Dies kann durch die Einstellung und qualifizierte Ausbildung neuer Mitarbeiter, als auch durch die gezielte bedarfsorientierte Weiterentwicklung vorhandener Mitarbeiter erfolgen.

Hierbei sind die Möglichkeiten des Laufbahnrechts zu beachten, die auf der Grundlage einer empirischen Umfrage bei Kommunalverwaltungen und Landesbehörden dargestellt werden.

Rechtsprechung

Ausschluss von Werbeanlagen durch textliche Festsetzung im Bebauungsplan (OVG Koblenz, Urteil vom 12.05.2016 – 1 C 10876/15) 522

Die Schriftleitung